

Anmerkungen zur Konsultationsfassung

Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich („Tarife 2.0“)

	Seite
A. Gründe für eine Weiterentwicklung der Netzentgeltsystematik	2
B. Verursachungsgerechtigkeit, Markt- und Netzdienlichkeit.....	2
1. Weitere Erhöhung der Pauschal- und Leistungspreiskomponente beim Netznutzungsentgelt	2
2. Beteiligung von Einspeisern an den Netzkosten.....	4
3. Zusammenlegung von Netzbereichen	5
4. Echtzeittarifierung	5
C. Struktur der Netzentgelte	6
1. Vorschläge von E-Control zu Änderungen in der Netzentgeltstruktur	6
2. Netzentgeltstruktur in Deutschland	9

A. Gründe für eine Weiterentwicklung der Netzentgeltsystematik

Sowohl in Österreich als auch in Deutschland unterliegen die Energie- und Netzwirtschaft einem grundlegenden Wandel. Während Strom in der Vergangenheit in einigen wenigen zentralen Großkraftwerken produziert wurde, ist in den letzten Jahren bedingt durch die Energiewende ein starker Anstieg der dezentralen Erzeugung zu beobachten. Die zunehmende dezentrale Einspeisung erneuerbarer Energien macht den Ausbau der Stromnetze auf Übertragungs- und Verteilnetzebene notwendig. Die Kosten dieses Ausbaus haben erhebliche Auswirkungen auf die Netzentgelte. So ist in beiden Ländern ein Anstieg und gleichsam eine zunehmende regionale Spreizung der Netzentgelte zu verzeichnen.

Die Bundesnetzagentur teilt die Auffassung von E-Control, dass auf die Effekte der Energiewende mit partiellen Reformen der Netzentgeltsystematik zu reagieren ist. Auch lässt sich zwischen den von E-Control und der Bundesnetzagentur angesetzten Maßstäben zur Bewertung der Netzentgeltsystematik eine weitgehende Übereinstimmung erkennen. So wird auf beiden Seiten die verursachungsgerechte Verteilung der Netzkosten angestrebt. Dies gilt nicht nur für die regionale Spreizung, sondern auch für die Verteilung zwischen industriellen und privaten Netznutzern. In diesem Zusammenhang wird in Deutschland beispielsweise die Vereinheitlichung der Netzentgelte diskutiert. Ein weiteres gemeinsames Ziel ist es, die Entgeltstruktur verständlich und die Kostenbelastung für Netzbewerber nachvollziehbar zu gestalten. Sowohl in Österreich als auch in Deutschland sollen die Entgelte dabei planbar sein und keinen allzu großen Schwankungen unterliegen. Die von E-Control skizzierte Diskussion zum Umgang mit der zunehmenden Entsolidarisierung findet in Deutschland ebenfalls statt. Im Fokus der Überlegungen steht darüber hinaus die Markt- und Netzdienlichkeit der Netzentgelte. Sie sollen die effiziente Nutzung der Elektrizitätsinfrastruktur anreizen und die Systemeffizienz erhöhen. Zudem sind in Deutschland auch Themen wie vermiedene Netzentgelte und der Umgang mit Speichern Gegenstand von Reformüberlegungen.

B. Verursachungsgerechtigkeit, Markt- und Netzdienlichkeit

1. Weitere Erhöhung der Pauschal- und Leistungspreiskomponente beim Netznutzungsentgelt

In Übereinstimmung mit der hiesigen Einschätzung identifiziert E-Control die gleichzeitig im Netz auftretende Leistung als Haupttreiber für den Netzausbau und die damit verbundenen Kosten. Während aber der Leistungspreis in Deutschland über die Gleichzeitigkeitsfunktion am Anteil der individuellen Einzelhöchstlast eines Netznutzers an der zeitgleichen Jahreshöchstlast orientiert ist, findet dieser Aspekt innerhalb der österreichischen Systematik keine Berücksichtigung. Im aktuell zum Tragen kommenden System des arithmetischen 12-Monatsmittels wie auch im durch

E-Control diskutierten Jahreshöchstlastsystem erfolgt die Ermittlung des Leistungspreises lediglich anhand individueller Lastwerte der Netznutzer.

Aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen kann in Österreich insbesondere für die Niederspannungsebene keine umfassende Leistungsmessung vorgenommen werden, weshalb E-Control insgesamt für den Übergang zur Netzentgeltermittlung nach Gleichzeitigkeitswerten aktuell keinen Raum sieht. Selbst nach der geplanten Realisierung des Smart Meter Rollout ist die hierfür erforderliche Datenbasis nicht gewährleistet, da Netzbetreiber die intelligenten Messgeräte grundsätzlich nicht ohne die Zustimmung der Anschlussnutzer viertelstündlich auslesen dürfen. Tatsächlich erfolgt auch in Deutschland keine umfassende Ermittlung des Anteils der individuellen Einzelhöchstlast eines Netznutzers an der zeitgleichen Jahreshöchstlast auf der Niederspannungsebene. Eine solche ist auch für die Zeit nach dem in Deutschland ebenfalls bevorstehenden Smart Meter Rollout nicht vorgesehen¹. Auf der Niederspannungsebene können deshalb nach der geltenden Rechtslage grundsätzlich reine Arbeitspreise erhoben werden. An Stelle des Leistungspreises kann aber auch ein sogenannter Grundpreis treten. Mit der Kombination aus Grund- und Arbeitspreis soll ein angemessenes Verhältnis zu jenem Entgelt entstehen, das bei einer leistungsgemessenen Entnahme im Niederspannungsnetz auf der Grundlage der Arbeits- und Leistungswerte nach dem Standardlastprofil des Netznutzers entstehen würde. In Deutschland ist ein Trend zur Einführung bzw. Erhöhung des Grundpreises erkennbar. Die Bundesnetzagentur steht dieser Entwicklung positiv gegenüber, weil damit auf der Niederspannungsebene grundsätzlich eine verursachungsgerechtere Verteilung der Netzkosten erreicht werden kann. Die Bestrebungen von E-Control, die auf der Netzebene 7 an Stelle des Leistungspreises stehende Pauschale anzuheben, um die Kostenverursachungsgerechtigkeit zu steigern, erachtet die Bundesnetzagentur vor diesem Hintergrund als sinnvoll.

Exkurs: Smart Meter Rollout in Deutschland

Umfassendere Daten bzgl. der Gleichzeitigkeitswerte in der Niederspannungsebene können in Folge eines Smart Meter Rollout erhoben werden. Zu dessen Umsetzung sind in Deutschland folgende Schritte vorgesehen:

- Anpassung der Markprozesse - Übergangsmodell

Die intelligenten Messsysteme und insb. auch der Smart-Meter-Gateway-Administrator müssen in den Festlegungen zu den Geschäftsprozessen und Datenformaten berücksichtigt werden. Hierfür sind umfangreiche Änderungen der Festlegungen der Bundesnetzagentur nötig, z. B. Wechselprozesse im Messwesen,

¹ Vgl. zu den Einzelheiten des hiesigen Smart Meter Rollouts den untenstehenden Exkurs.

Geschäftsprozesse zur Kundenbelieferung mit Elektrizität, Marktregeln für die Durchführung der Bilanzkreisabrechnung Strom. Da dies kurzfristig nicht vollumfänglich zu schaffen ist, erarbeitet die Bundesnetzagentur in enger Zusammenarbeit mit der Branche ein Übergangsmodell, das im Laufe des Jahres 2017 starten soll und die Nutzung der intelligenten Messsysteme durch den Markt und die Netzbetreiber ermöglicht.

- Anpassung der Marktprozesse – Zielmodell 2020

Spätestens ab dem Jahr 2020 muss die volle Funktionalität der intelligenten Messsysteme auch von den Marktprozessen unterstützt werden, das heißt die sternförmige Kommunikation muss realisiert werden. Die sternförmige Kommunikation ist aus Sicht der Bundesnetzagentur ein zentraler Baustein der Digitalisierung der Energiewende – nur so kann zukünftig ein effizientes Messwesen, das den Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit entspricht, gewährleistet werden.

- Technische Möglichkeit zum Einbau

Gemäß dem aktuellen Entwurf des Messstellenbetriebsgesetzes startet der Rollout erst nachdem die technische Möglichkeit zum Einbau von intelligenten Messsystemen festgestellt wurde. Hierfür müssen mindestens drei voneinander unabhängige Unternehmen intelligente Messsysteme am Markt anbieten.

Eine Pflicht zum Einbau von intelligenten Messsystemen soll ab dem Jahr 2017 für alle Verbraucher ab 10.000 - 100.000 kWh/a und für alle Erzeuger ab 7 bis 100 kW (Rollout-Frist 8 Jahre) sowie für alle Verbraucher ab 100.000 kWh/a (Rollout-Frist 16 Jahre) eintreten. Ab dem Jahr 2020 bis spätestens 2032 ist eine entsprechende Pflicht für alle Verbraucher von 6.000,01 - 10.000 kWh/a und für alle Erzeuger ab 100 kW (Rollout-Frist 8 Jahre) angedacht.

2. Beteiligung von Einspeisern an den Netzkosten

Das Stromnetz wandelt sich vom klassischen Verteilnetz mehr und mehr zum Verteil- und Aufnahmenetz. Ein Netzentgelt für die Einspeisung ist vom deutschen Gesetzgeber nicht vorgesehen. Vielmehr zahlen nur die Abnehmer Netzentgelte, welche an Leistung und Arbeit orientiert sind. Damit sollen die aus dem Netzbetrieb entstehenden Kosten gedeckt werden. Es wird vor dem Hintergrund der Entgeltsteigerung gleichwohl verstärkt darüber diskutiert, Einspeiser an den Netzkosten zu beteiligen.

Eigenversorger ziehen sich auch in Deutschland wie von E-Control beschreiben aufgrund ihres Eigenverbrauches teilweise aus der Finanzierung der Netze zurück. Die Bundesnetzagentur teilt den Ansatz von E-Control, separate, pauschale Entgelte für die Netzvorhaltung einzuführen, mithilfe derer den Folgen der Entsolidarisierung

entgegengewirkt wird. Grundpreise sind aus hiesiger Sicht kein Instrument, das für sich alleine schon ausreicht, um die Prosumer angemessen an der Netzfinanzierung zu beteiligen.

3. Zusammenlegung von Netzbereichen

Als wirksames Mittel zur Milderung der regionalen Spreizung bei den Entgelten wird von E-Control die Zusammenlegung von Netzbereichen erachtet. Die Bundesnetzagentur spricht sich in diesem Zusammenhang für die Einführung eines einheitlichen Entgelts auf der Übertragungsnetzebene aus. Dies würde zugleich die gemeinschaftliche Aufgabe der Übertragungsnetzbetreiber widerspiegeln, die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems der Elektrizitätsversorgung zu gewährleisten.

Ein bundeseinheitliches Netzentgelt auf Verteilernetzebene lehnt die Bundesnetzagentur wegen der hohen Komplexität und wegen des Bürokratieaufwands, der damit bei mehr als 800 Verteilnetzbetreibern in Landes- und Bundeszuständigkeit entstehen würde, sowie wegen der notwendigen Liquiditätsreserve ab. Des Weiteren spricht sich die Bundesnetzagentur gegen die Einführung einer horizontalen Wälzung der energiewendebedingten Kosten aus, da hierbei insbesondere eine objektive Abgrenzung zu sonstigen Netzkosten nicht möglich ist.

4. Echtzeittarifierung

Auch aus Sicht der Bundesnetzagentur überwiegen derzeit die Argumente gegen eine Echtzeit- bzw. dynamische Tarifierung, denn mit der zuverlässigen und planbaren Vermeidung einer hohen zeitgleichen Jahreshöchstlast kann zusätzlicher Netzausbau vermieden bzw. verringert werden.

Häufig wird in Deutschland gefordert, Marktsignale mittels variabler Netzentgelte zu verstärken, um eine Synchronisierung von Angebot und Nachfrage zu unterstützen. Variable Netzentgelte sind nicht netzdienlich und werden daher abgelehnt. Bei einer Angleichung des Verbrauchsverhaltens besteht die Gefahr, dass die derzeitige Durchmischung der Netznutzung verloren gehen könnte. Zeitungleiche Lasten würden zu zeitgleichen Lasten verschoben und neue regionale Netzeengpässe würden hervorgerufen werden.

Aus Sicht der Bundesnetzagentur sollten variable Netzentgelte nur für unterbrechbare Verbrauchseinrichtungen und im Rahmen der atypischen Netznutzung als Anreiz für netzdienliches Verhalten beibehalten werden².

² Erläuterungen hierzu folgen auf S. 8.

C. Struktur der Netzentgelte

Eine Grundsatzfrage liegt darin, mit welcher Netzentgeltstruktur die unter C. diskutierten Ansätze umzusetzen sind. Denkbar wäre eine Untergliederung der Netzentgelte in viele Einzelkomponenten oder auch eine möglichst einheitliche Umlage der Netzkosten auf den Anschlussnutzer.

1. Vorschläge von E-Control zu Änderungen in der Netzentgeltstruktur

In Österreich derzeit zu zahlende Netzentgelte

Anschlussentgelte		Netznutzungs-entgelte		Netzverluste	Systemdienst-leistungen	Zähler	Andere
Netzzutritts-entgelt (Anschlusskosten)	Netzbereitstellungs-entgelt (BKZ)	LP-Anteil	AP-Anteil	Netzverlust-entgelt	Systemdienst-leistungen	Messentgelt	Entgelt für sonstige Leistungen
Einspeiser				Einspeiser > 5 MW		Einspeiser	
Entnehmer						Entnehmer	

Netzentgelt für Netzverluste- und Netzentgelt für Systemdienstleistung

E-Control spricht sich für die Beibehaltung separater Entgelte für Netzverluste und für Systemdienstleistungen aus. In Deutschland gibt es hierfür keine separaten Entgelte. Nach Auffassung der Bundesnetzagentur sind solche auch nicht erstrebenswert.

Ein separates Entgelt für Verlustenergie setzt nach Ansicht der Bundesnetzagentur voraus, dass die Verlustenergiemenge den Netznutzern exakt zugeordnet werden kann. Dies wäre – sofern überhaupt möglich – mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Zudem ist anzumerken, dass die Verlustenergiemenge im Wesentlichen von der Konstruktion des Netzes abhängt und weniger vom Nutzungsverhalten. Daher ergibt sich auch unter dem Aspekt der Verursachungsgerechtigkeit eher ein Votum gegen ein separates Entgelt für Verlustenergie.

Die Systemdienstleistungen kommen allen Netznutzern zugute. Daher wird es als sachgerecht gesehen, alle Netznutzer gleichermaßen an diesen Kosten zu beteiligen. Dies würde die von der Bundesnetzagentur vorgeschlagene Einführung einheitlicher Netzentgelte für Übertragungsnetzbetreiber ermöglichen, da sie in Deutschland ausschließlich mit der Anweisung von Systemdienstleistungen betraut sind. Die in Österreich bereits stattfindende Beteiligung von Einspeisern an den Kosten für Systemdienstleistungen ist nach hiesiger Auffassung auch für Deutschland zu diskutieren.

Integration des Messentgelts in das Netznutzungsentgelt

Zwecks Vereinfachung der Netzentgeltstruktur erwägt E-Control, das Messentgelt in die Arbeits- oder Leistungskomponente des Netznutzungsentgelts zu integrieren. Da Einspeiser aktuell kein Netznutzungsentgelt bezahlen müssen, wird ferner diskutiert, sie ihre Zähler selbst bereitstellen oder ein Entgelt für einen vom Netzbetreiber gemieteten Zähler zahlen zu lassen.

Aus Sicht der Bundesnetzagentur würde durch die Abschaffung der gesondert ausgewiesenen Messentgelte und die Kostenzuordnung bzw. die Integration dieser Entgelte in das Netznutzungsentgelt künftig jede Messeinrichtung eine verbrauchsabhängige Monats- bzw. Jahresabrechnung erhalten, obwohl die Kosten weiterhin unabhängig von der Höhe des Verbrauchs anfallen würden.

In Deutschland werden die Entgelte für die Bereiche Messung, Messstellenbetrieb und Abrechnung nach § 17 Abs. 7 StromNEV kalkuliert und gesondert auf dem Preisblatt bzw. der Verbrauchsabrechnung des Kunden ausgewiesen. Jede Messeinrichtung erhält eine verbrauchsunabhängige Monats- bzw. Jahresabrechnung.

Allerdings ist in Deutschland gemäß § 7 Messstellenbetriebsgesetz zumindest für den Bereich der Abrechnung eine analoge Vorgehensweise vorgesehen, d.h. die Kosten der Abrechnung werden zukünftig zu einem Bestandteil der Netzentgelte.

Zudem sind in Deutschland die Bereiche Messung und Messstellenbetrieb seit dem Jahr 2009 liberalisiert, d.h. Anschlussnutzer haben grundsätzlich die Möglichkeit, die Tätigkeiten der Messung und des Messstellenbetrieb (Einbau, Betrieb und Wartung von Messeinrichtungen) von einem Dritten in Anspruch zu nehmen. In diesem Fall wird vom Netzbetreiber kein Entgelt für den Messstellenbetrieb erhoben.

Abschaffung Netzbereitstellungsentgelt und gleichzeitige Ausweitung des Netzzutrittsentgelts um pauschalen Anteil

E-Control weist auf eine Überschneidung des Netzzutritts- mit dem Netzbereitstellungsentgelt hin. Bei Einführung einer Leistungsmessung für Smart-Meter-Kunden ergibt sich die Problematik, dass es bei einer Leistungsüberschreitung zur Nachverrechnung von derzeit nicht leistungsgemessenen Kunden kommen kann. Auch aus diesem Grund erwägt E-Control eine Abschaffung des Netzbereitstellungsentgelts. Stattdessen wird die Erweiterung des Netzzutrittsentgelts um einen einmaligen pauschalen Anteil für neue Anschlüsse und für die Verstärkung von bestehenden Übertragungs- und Verteilnetzen (Ertüchtigungszuschlag) nachgedacht. So könnte bei einem Wegfall des Netzbereitstellungsentgeltes der fehlende Bezug zur vertraglichen Leistung wiederhergestellt werden. Bei der aufwandsorientierten Verrechnung der angemessenen und direkten Aufwendungen für den erstmaligen Anschluss an das

Netz oder die Abänderung des Anschlusses werden keine Änderungen vorgeschlagen.

In Deutschland kann die von E-Control geschilderte Problematik nicht auftreten, weil Netzbetreiber Baukostenzuschüsse (entspricht Netzbereitstellungsentgelt) nur bei Stromhaushaltsanschlüssen mit einer Leistungsanforderung von über 30 KW erheben dürfen. Eine Beteiligung der Einspeiser an den Netzkosten über Baukostenzuschüssen befürwortet die Bundesnetzagentur indes.

Netznutzungsentgeltermäßigung für Anbieter negativer Regelreserve

In Österreich wird von Anschlussnutzern bestimmter Netzebenen, die negative Regelernergie in Form von abschaltbaren Lasten vorhalten, ein vergünstigtes Netznutzungsentgelt erhoben. E-Control schlägt für die Zeit nach dem Smart Meter Rollout vor, die Ausdehnung dieser Regelung bis auf die Niederspannungsebene zu eruieren.

In Deutschland wird Netznutzern für die Vorhaltung und tatsächliche Inanspruchnahme zuschaltbarer Lasten zwar ein Leistungs- bzw. Arbeitspreis pro MWh erstattet. Netzentgeltermäßigungen werden ihnen aber nicht gewährt. Bei der Bereitstellung von negativer Regelleistung kann beim Anbieter unter Umständen eine individuelle Leistungsspitze auftreten, d. h. er muss höhere Netzentgelte bezahlen, die die Einnahmen aus der Bereitstellung von negativer Regelleistung ggf. überkompensieren können. Die Bundesnetzagentur sieht die Ermäßigung der Netzentgelte um die Beträge solcher Überkompensationen als sachgerecht an.

Unabhängig davon, an welche Netzebene der Anbieter von Regelernergie angeschlossen ist, erfolgt die Zu- und Abschaltung von Lasten in Deutschland indes ausschließlich auf Anweisung des Übertragungsnetzbetreibers. Die Bundesnetzagentur spricht sich gegen die Einführung von dezentral organisierten regionalen Flexmärkten aus, insbesondere da es zwischen dem markt- und dem netzdienlichen Einsatz von Flexibilitäten zu Zielkonflikten kommen kann. Bei Flexmärkten besteht damit das Risiko in einen dauerhaften Zustand der künstlichen Wettbewerbsbeschränkung hineinzulaufen.

2. Netzentgeltstruktur in Deutschland

In Deutschland zu zahlende Netzentgelte

Anschlussentgelte		Netznutzungsentgelt		Zähler
Anschlusskosten	Baukostenzuschuss (BKZ)	Leistungs- und Arbeitspreisanteil	Abrechnung	Entgelt für Messung, Messstellenbetrieb und Abrechnung
Netznutzer (Entnehmer)				

Die Bundesnetzagentur vertritt die Ansicht, dass im Interesse der Einfachheit und Transparenz der Netzentgeltsystematik eine Beschränkung auf möglichst wenige Preiselemente zielführend ist. Gleichwohl sieht auch das hiesige Energierecht für bestimmte Fälle besondere Tarife vor, die in der obigen Grafik nicht abgebildet sind. So müssen Verteilnetzbetreiber in der Niederspannungsebene angeschlossenen Lieferanten und Letztverbrauchern nach § 14a EnWG ein reduziertes Netzentgelt berechnen, wenn ihnen im Gegenzug die Steuerung von vollständig unterbrechbaren Verbrauchseinrichtungen, die über einen separaten Zählpunkt verfügen, zum Zweck der Netzentlastung gestattet wird.

Daneben werden nach § 19 Abs. 2 StromNEV solche Letztverbraucher, die aufgrund ihres besonderen Verbrauchsverhaltens einen individuellen Beitrag zur Senkung bzw. Vermeidung von Netzkosten erbringen, durch individuelle Netzentgelte privilegiert. Dabei wird derzeit zwischen atypischen (§ 19 Abs. 2 S. 1 StromNEV) und stromintensiven Netznutzern (§ 19 Abs. 2 Satz 2 StromNEV) unterschieden. Während die atypischen Netznutzer ihre Spitzenlast in die lastschwachen Nebenzeiten des Netzes verlagern, zeichnen sich die stromintensiven Netznutzer durch einen gleichmäßigen und zugleich dauerhaften Strombezug aus. Die Netzdienlichkeit der Regelungen des § 19 Abs. 2 StromNEV ist indes mit Zweifeln behaftet: Die Anwendung von § 19 Abs. 2 Satz 1 StromNEV kann ein Hemmnis darstellen, da die Atypik nicht über die Flexibilität, sondern über die Einhaltung starrer Hochlastzeitfenster definiert wird. Die Hochlastzeitfenster werden vom Netzbetreiber auf Basis der Vorjahresdaten prognostiziert und veröffentlicht und können danach nicht an eine geänderte Netzsituation angepasst werden. Diese unflexible Hoch- und Niedertariffdifferenzierung trägt angesichts zunehmend volatiler Erzeugungsleistung und sich schnell ändernden Netzzuständen nicht mehr unbedingt den tatsächlichen Netzerfordernissen Rechnung. Ebenfalls nicht uneingeschränkt sachgerecht ist § 19 Abs. 2 S. 2 StromNEV, weil das unflexible Abnahmeverhalten in Situationen kritischer Netzzustände zu einer Verschärfung der selbigen führt und dann „netzschädlich“ wirken kann. In Zukunft wird ein flexibleres Lastverhalten solcher Letztverbraucher daher erheblich an Bedeutung gewinnen. Hierzu gehört z.B. auch die Teilnahme am Regelenergiemarkt.

Eine weitere Sondertarifierung sieht § 19 Abs. 3 StromNEV vor. Danach ist Netznutzern, die sämtliche von ihnen genutzte Betriebsmittel in einer Netz oder Umspannebene ausschließlich selbst nutzen, vom Betreiber der Netz- oder

Umspannebene ein gesondertes, angemessenes Entgelt anzubieten. Dieses soll sich an den individuell zurechenbaren Kosten der singulären Betriebsmittel in der Netz- oder Umspannebene orientieren. Über dieses individuell bestimmte Entgelt für singulär genutzte Betriebsmittel hinaus sind die allgemeinen Entgelte der vorgelagerten Netz- oder Umspannebene zu entrichten. Begründet wird diese Regelung damit, dass die betreffenden Nutzer nur geringe Kosten in der Anschlussnetzebene verursachen und auch nicht an der Sicherheit der Anschlussnetzebene partizipieren. Sie werden daher materiell als Kunden der nächsthöheren Netzebene angesehen.

Eine Sonderregelung besteht darüber hinaus die Betreiber von Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie betreffend. Diese müssen derzeit zwar grundsätzlich Netzentgelte für die aus dem Netz entnommene Energie entrichten. Eine Ausnahme besteht aber für nach dem 31.12.2008 neu errichtete Speichieranlagen, die ab dem 04.08.2011 innerhalb von fünfzehn Jahren in Betrieb genommen werden. Ihr Bezugsstrom ist nach § 118 Abs. 6 Satz 1 EnWG für 20 Jahre von den Netzentgelten befreit. In diesem Zusammenhang besteht gegenwärtig eine weitere Befreiung für ertüchtigte Pumpspeicherkraftwerke, deren elektrische Pump- oder Turbinenleistung nachweislich um mindestens 7,5 Prozent oder deren speicherbare Energiemenge nachweislich um mindestens 5 Prozent nach dem 4.08.2011 erhöht wurde. Diese sind nach § 118 Abs. 6 Satz 2 EnWG für einen Zeitraum von zehn Jahren ab Inbetriebnahme hinsichtlich des Bezugs der zu speichernden elektrischen Energie von den Netzentgelten freigestellt. Außerdem kann für Pumpspeicherkraftwerke, die nicht von diesen Netzentgeltebefreiungen profitieren, gegenwärtig eine Reduktion des Netzentgelts im Rahmen der allgemeinen Regelung des § 19 Abs. 2 S. 1 StromNEV (atypische Netznutzung) erfolgen. Sämtliche Pumpspeicherkraftwerke, die nicht gemäß § 118 Abs. 6 S. 2 StromNEV vollständig von den Netzentgelten befreit sind, nehmen diese Reduzierung in Anspruch.

Die Bundesnetzagentur spricht sich für die Erhebung eines reinen Leistungsnetzentgelts für Speicher aus, um eine Stärkung der Handloptionen zielgenau zu erreichen. Damit sind Speicher in den Grenzen ihrer technischen Maximalleistung frei, die Preisunterschiede am Markt für zeitliche Arbitrage-Geschäfte zu nutzen. Die Leistungsnetzentgelte belasten nicht die Gebote des Speichers am Strommarkt, sondern wirken wie eine Flatrate. Speicher tragen demnach über das Leistungsentgelt zur Deckung der Netzkosten bei, können aber im Übrigen völlig flexibel am Strommarkt agieren.